

„Von der Kommune zur EU: Verwaltung und Politik zwischen Krisen, Ressourcenknappheit und Innovation“

20. bis 21. Februar 2025, Ruhr-Universität Bochum

Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und der Welt steigen die Herausforderungen für staatliches Handeln. Induziert durch globale Krisen, wie die Covid-19 Pandemie, Finanzkrisen oder Kriege, herrscht ein Handlungsdruck für Politik und Verwaltung. Dieser Handlungsdruck wird durch Akteure, Organisationen und Institutionen unterschiedlich priorisiert und adressiert, was zu Variationen des Krisenmanagements führt. Zusätzlich lassen sich global wie lokal Polarisierungstendenzen und politische Radikalisierung in der Bevölkerung, aber auch im Wahlverhalten und somit der Zusammensetzung der Parlamente erkennen. Die Gemengelage scheint schwer überschaubar zu sein – für Bürger*innen wie politische Entscheidungsträger*innen.

Neben multiplen Krisen stehen Politik und Verwaltung auch vor einer enormen Ressourcenknappheit. Diese zeigt sich vor allem durch finanzielle Engpässe von der Kommune bis zum Bund. Knappe Personalressourcen durch den Fachkräftemangel betreffen die staatliche Aufgabenerfüllung durch die Verwaltung, da Neubesetzungen durch qualifizierte Angestellte schwieriger werden. Ähnlich wirkt sich dies auf das kommunalpolitische Ehrenamt aus, da beruflich stark beanspruchte Personen selten Kapazitäten für Engagement haben. Hinzu kommt eine bürokratische Überregulierung, die stetig zunimmt (im Sinne der policy accumulation), sondern auch durch schnelle Änderungen schwer zu überblicken ist.

In diesem Kontext bedarf es viel Kreativität und innovatives Denken, um die Krisen und Herausforderungen zu meistern. In der Implementation von zentralen Programmen und Bundesgesetzen zeigen sich Variationen durch unterschiedliche Umsetzungen in den Kommunen, aber auch weiterführende Regelungen der Bundesländer, wie aktuell die Vorbereitungen auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule (GaFöG) zeigen. Vor allem auf kommunaler Ebene (Träger der örtlichen Jugendhilfe/Schulträger) zeigen sich Variationen der Umsetzung, da unterschiedliche Schul- und Betreuungssysteme sowie spezifische Erlasse in den Bundesländern und ein divergenter Ausbaustand bei knappem Zeitplan unterschiedlich bewältigt werden. Doch auch über den schulpolitischen Kontext hinaus wurden Plattformen geschaffen, um kreative Ideen zur Transformationsgestaltung zu fördern, wie beispielsweise Transformations- und Reallabore, Innovation Labs oder auch die „Allianz für

Transformation“ auf Bestreben der Bundesregierung mit dem Ziel verschiedene Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft zusammenzubringen. Diese Beispiele zeigen exemplarisch die Notwendigkeit für kreative Lösungen und kollaborativen Austausch, in einem Rahmen für Politik und Verwaltung, der nicht nur durch Gesetze, sondern auch durch ein von Verflechtung und Koordination geprägtes politisch-administratives System vorgegeben ist.

All diesen Themen sollen aus Perspektive der Verwaltungswissenschaft und Policy-Forschung nachgegangen werden. Folgende Leitfragen können den Ausgangspunkt der Beiträge bilden:

- Wie beeinflussen politische, ökologische, ökonomische oder soziale Transformationsprozesse Verwaltungshandeln und Policy-Making?
- Welche Strategien des Krisenmanagements sind durch verschiedene Akteure, Organisationen und Institutionen auf unterschiedlichen Ebenen des politisch-administrativen System zu erkennen?
- Welche Maßnahmen und Innovationen werden in Verwaltung und Politik als Reaktion auf aktuelle Herausforderungen, wie fehlende Finanzmittel, Bürokratisierung, Personal- und Fachkräftemangel, Preissteigerungen, Energiekrise, Flucht/Migration, Klimawandel, etc., ergriffen?
- Inwiefern befindet sich die Interaktion der Bürger*innen mit Verwaltung und (Kommunal-)Politik im Wandel und welche Auswirkungen hat dies auf die Responsivität und Legitimität des politischen und administrativen Handelns?

Diesen und vielen weiteren Fragestellungen möchten wir uns auf der 18. FoJuS-Jahrestagung aus verschiedenen Perspektiven der Policy-Forschung und der Verwaltungswissenschaft widmen. Willkommen sind sowohl qualitative und quantitative empirische Beiträge als auch konzeptionelle Arbeiten in deutscher und englischer Sprache. Außerdem freuen wir uns über eine methodische Vielfalt und begrüßen Analysen basierend auf Interviews, Umfragedaten, Dokumenten oder (Quasi-)Experimenten. Wie immer können im Rahmen der Tagung auch Papiere in einem frühen Entwicklungsstadium sowie Auszüge aus Dissertationen vorgestellt werden. Gern richten wir auch offene Panels für Papiere ein, die keinen unmittelbaren Bezug zum Thema der Tagung haben.

Eure Beitragsvorschläge (Abstracts von circa 500 Wörtern) sendet ihr bitte bis zum **01.11.2024** per E-Mail an Louisa Süß (louisa.suess@rub.de). Zusagen werden bis zum 15.11.2024 versendet.

Wir freuen uns auf zahlreiche Beiträge und eine spannende Tagung!

Das FoJuS-Sprecher*innenteam

(Louisa Süß, Sandra Plümer und Laurin Friedrich)